

„Eine Einladung zum Betrügen“

Personalrat der Finanzämter klagt über Personalmangel

52 01/02.08.09
60-80-2010 25

Die Mitarbeiter in Münchens Finanzämtern stöhnen, der Staat lässt sich jede Menge Geld durch die Lappen gehen – und das auch noch politisch gewollt und somit aus freien Stücken: Diese Vorwürfe macht die Gewerkschaft Verdi dem Freistaat Bayern. „Offenbar ist es Teil der Standortpolitik der Staatsregierung, große Unternehmen auch über eine nachlässige Steuerprüfung nach Bayern zu locken“, klagte Münchens Verdi-Chef Heinrich Birner am Freitag. Dieses „Laissez-Faire“ führe zu einer hohen Ungerechtigkeit in der Besteuerung, „denn bei vielen kleinen Firmen und Bürgern wird auf Heller und Pfennig geprüft.“

Bei der Untermauerung dieser Thesen ließ sich Birner von Personalvertretern aus der Finanzverwaltung assistieren. „In Bayern fehlen 3000, in München 700 Mitarbeiter in der Finanzverwaltung“, klagte Angelica Dullinger, Hauptpersonalrätin im Bayerischen Finanzministerium. Durch die fehlende Arbeitskraft verliere der Freistaat „eine Milliarde Euro im Jahr“, rechnete sie vor. Allein ein zusätzlicher Steuerfahndungsprüfer beispielsweise bringe durch seine Arbeit im Jahr durchschnittlich 600 000 Euro Mehreinnahmen für den Staat. Die Unterbesetzung führe dazu, dass Jahr für Jahr lediglich bei vier Prozent der Kapitalgesellschaften die Steuerunterlagen auch geprüft würden. „Das ist eine Einladung zum Betrügen“, schimpft Norbert Reitberger, Personalratsvorsitzender im Zentralfinanzamt München.

Das Finanzministerium räumte am Freitag ein, dass die bayerische Finanzverwaltung im Vergleich zu anderen Bundesländern „eher knapp“ besetzt sei. Mehr Personal sei wünschenswert, „bei der Haushaltslage geht das aber nicht“, sagte Ministeriumssprecher Thomas Neumann. Für die kommenden Jahre würden aber jeweils 500 Stellen mit neuen Kräften besetzt. Neumann widersprach zudem der Darstellung, nur vier Prozent der Körperschaften würden überprüft. „Da gibt es in München eine Prüfquote von 25 Prozent“, sagte Neumann. „Das ist mehr als bei anderen Unternehmensformen.“ Der Wert von vier Prozent sei „nicht nachzuvollziehen“, ebenso der angebliche Verlust von einer Milliarde Euro.

Um die Finanzverwaltung effizienter zu machen, tritt mit dem 1. August indes eine Umorganisation in Kraft: Die bisherigen Finanzämter München I bis V werden in einem zentralen „Finanzamt München“ zusammengefasst. Für Steuerbürger und Firmen ändere sich dadurch zunächst nichts, hieß es. *Michael Tibudd*